

Einladung zum Protest vor dem Bundesrat am 22. November: Briefe schreiben gegen die Krankenhausreform!

Liebe MitstreiterInnen und Aktive für eine bessere Gesundheitsversorgung,

der Koalitionsbruch schlägt hohe Wellen. Eine der folgenschwersten Reformen der Ampel, die Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft, schreitet trotzdem voran. Das wichtigste Gesetz der Krankenhausreform – **das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG)** – wurde bereits im Bundestag verabschiedet. **Am 22. November beraten nun die Bundesländer in einer Bundesratssitzung darüber.** Zwar ist das Gesetz nicht zustimmungspflichtig, aber die Länder können von ihrem Recht Gebrauch machen, den Vermittlungsausschuss anzurufen, und dadurch Änderungen am Gesetz erwirken.

Die Reform wird verheerende Folgen für die flächendeckende und wohnortnahe Krankenhaus- und Notfallversorgung haben. Als Zusammenschluss aus mehreren gesundheitspolitischen Initiativen rufen wir zum Protest gegen das KHVVG auf! **Wir fordern den Bundesrat dazu auf, das Gesetz nicht durchzuwinken, sondern das Gesetz in den Vermittlungsausschuss zu schicken und Änderungen im Sinne einer bedarfsgerechten, flächendeckenden medizinischen Versorgung auszuhandeln.**

Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, veranstalten wir eine Kundgebung:

Zeit: **Freitag, den 22. November 2024, 08:30 Uhr**

Ort: **Fußgängerbereich vor dem Bundesratsgebäude (Leipziger-Straße 3-4, 10117 Berlin)**

Im Rahmen der Kundgebung wollen wir den Ministerpräsident*innen der Länder klarmachen, dass es breit Kritik an der Reform gibt. **Deswegen rufen wir euch – Beschäftigte, gesundheitspolitisch Aktive und Initiativen – dazu auf, einen kurzen Brief gegen die Krankenhausreform an die Ministerpräsident*innen zu schreiben und uns diesen zur gesammelten Überreichung zuzuschicken.** Berichtet darin über die Zustände vor Ort und schreibt, welche Kritik ihr an der Krankenhausreform habt.

Aus den Briefen werden wir eine Plakatwand machen und diese vor dem Bundesrat ausstellen. Außerdem werden wir den Ministerpräsident*innen die gesammelten Briefe überreichen. Zur Entgegennahme der Briefe werden wir die amtierende Präsidentin des Bundesrats – Anke Rehlinger – einladen.

Bitte schickt uns euren Brief über maximal eine A4-Seite, am besten mit Fotos von euren Aktiven/Aktionen bis zum 18. November als Pdf-Datei an info@klinikrettung.de oder per Post an Gemeingut in BürgerInnenhand, Weidenweg 37, 10249 Berlin.

Alle, die Zeit und Möglichkeit haben, laden wir herzlich ein, zur Kundgebung am 22. November zu kommen.

Um besser planen zu können, bitten wir um eine kurze Anmeldung an info@klinikrettung.de.

Mit kämpferischen Grüßen,

Eure Aktiven von:

Bündnis Klinikrettung
Krankenhaus statt Fabrik
Gesundheit statt Profite



Warum wir protestieren

Die geplante Krankenhausreform bedroht unser Krankenhauswesen. Sie zielt darauf ab, hunderte wohnortnahe Krankenhäuser der Allgemeinversorgung zu schließen oder zu ambulant-stationären Einheiten ohne Notfallversorgung umzuwandeln. Vor allem ländliche Regionen sind von dem Krankenhauskahlschlag bedroht, aber auch in den Ballungsgebieten soll ausgedünnt werden. Das Ergebnis: Für die Landbevölkerung wird der Weg zu einer Klinik noch weiter, und für uns alle werden die Wartezeiten auf Termine und Behandlungen noch länger. Wie soll so die Qualität der Krankenhausversorgung verbessert werden?

Für den Umbau der Krankenhauslandschaft plant das Gesundheitsministerium 50 Milliarden Euro ein, die je zur Hälfte von den Ländern und den Gesetzlichen Krankenkassen zu zahlen sind. Der Bund und die Privaten Kassen sind fein raus. Die Reform ist somit eine Doppelbelastung für die gesetzlich Versicherten. Sie werden unter der Erosion der Krankenhausversorgung am meisten zu leiden haben. Für diese Verschlechterung ihrer Versorgung sollen sie auch noch selbst zahlen.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach preist sein Vorhaben mit blumigen Worten und verkauft es als Qualitätsverbesserung und Entökonomisierung. Aber mit dem bereits beschlossenen Krankenhaustransparenzgesetz und dem jetzt im Bundesrat zur Beratung stehenden Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz werden massive Schließungen besiegelt. Die schönen Gesetzestitel sind Etikettenschwindel.

Die bestehenden Probleme geht Lauterbach jedoch nicht an. Er tut nichts für bessere Arbeitsbedingungen des Klinikpersonals und gegen die Unterfinanzierung der Kliniken. Krankenhäuser werden weiter um zu knappe Mittel konkurrieren. Das nützt den privaten Krankenhauskonzernen, die Milliardengewinne mit dem Betrieb von Krankenhäusern erzielen, indem sie sich profitable Behandlungen herauspicken. Die teure Allgemein- und Notfallversorgung bleibt auf der Strecke und das Personal auch.

Wir fordern einen Richtungswechsel:

- Finanzielle Rettung für bedrohte Krankenhäuser!
- Vollständige Abschaffung der DRG-Fallpauschalen!
- Einführung der Selbstkostendeckung: Krankenhäusern müssen die Kosten für die Gesundheitsversorgung vollständig finanziert werden!
- Renditeverbot und Gemeinnützigkeit – Gesundheit ist ein Gemeingut und keine Ware!

Wenn das KHVVG nicht in wesentlichen Punkten überarbeitet wird geht die Entwicklung in die falsche Richtung. Deswegen:

- **Kommt zur Kundgebung!**
- **Schickt uns euren Brief an den Bundesrat mit eurer Kritik an der Reform**